

Arbeitspapier

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung

Nr. 164/2006

Gabriele Baumann / Nina Müller

Vergangenheitsbewältigung und Erinnerungskultur in den Ländern Mittelost- und Südosteuropas

Berlin/Sankt Augustin, Oktober 2006

ISBN 3-939826-11-1

Ansprechpartnerin: Gabriele Baumann
Leiterin des Referates Mittelosteuropa
Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit
Tel: 0 30 / 2 69 96 35 38
E-Mail: gabriele.baumann@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Inhalt

I.	Vergangenheitsbewältigung im europäischen Kontext	3
II.	Relevanz des Themas für Mittelost- und Südosteuropa	4
III.	Länderberichte	6
1.	Tschechien	6
2.	Polen	10
3.	Ungarn	14
4.	Slowakei	18
5.	Bulgarien	21
6.	Rumänien	24
7.	Bosnien und Herzegowina	29
8.	Kroatien	34
9.	Mazedonien	36
10.	Russland	38
11.	Ukraine	42
12.	Baltikum	45
IV.	Ausblick	49
	Die Autorinnen	50

I Vergangenheitbewältigung im europäischen Kontext

Ohne eine „Wiedervereinigung der Geschichte“, so die ehemalige lettische Außenministerin Sandra Kalniete auf der Jahresversammlung des europäischen Geschichtsnetzwerkes EUSTORY im Februar 2006, ohne eine solche Wiedervereinigung werde auch die politische Vereinigung Europas nicht erfolgreich sein.¹ Das Ende des Kalten Krieges und die gesellschaftspolitischen Umbrüche in Mitteleuropa 1989/90, die schmerzhaften Unabhängigkeitskriege der Staaten des ehemaligen Jugoslawiens zu Beginn der 90er Jahre, aber auch die Eingliederung der „neuen 10“ in die Europäische Union im Mai 2004 lassen die Frage nach einer „Wiedervereinigung der Geschichte“ Europas durchaus berechtigt erscheinen. „Denn politische und kulturelle Gemeinschaften können sich offenbar nur selbst verstehen, wenn sie bei ihrer Ortsbestimmung Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft aufeinander beziehen.“² Es stellt sich jedoch die Frage: Lassen die vielen historischen Identitäten Europas eine solche Wiedervereinigung überhaupt zu? Ist es möglich, eben diese historischen Identitäten in ihrer Verschiedenheit anzuerkennen und dennoch zu einer „Einheit in der Vielfalt eines erweiterten Europas“ zu gelangen? Um diesen Fragen auf den Grund zu gehen, bedarf es zunächst eines Blickes auf die unterschiedliche Beschäftigung mit Geschichte in den jeweiligen Ländern. Nach den Umbrüchen 1989/90 begannen die mittelost- und südosteuropäischen Länder in ganz unterschiedlicher Weise „über den (...) Umgang mit ihrer Vergangenheit zu debattieren.“³ Dabei rückten Aspekte wie „Entkommunisierung“ und „Lustration“ aber auch die nationalsozialistische und sowjetische (Okkupations-)Geschichte in den Mittelpunkt des Interesses. Es entzündeten sich gesamteuropäische Debatten an der Frage, ob es ein europäisches Geschichtsbewusstsein geben könne, in dem der kommunistische wie der nationalsozialistische Terror einen Platz haben, ohne dass dies die unterschiedlichen Erfahrungs- und Leidenshorizonte der Menschen Europas negiert oder gleichzustellen versucht. Der Osteuropahistoriker Stefan Troebst spricht hier auch von „erinnerungskulturellen Trennlinien“, die Europa durchziehen. Während für den „atlantischen Westen“ der 8. Mai 1945 als Sieg der Demokratie über den Nationalsozialismus ge-

1 FAZ vom 20.2.2006.

2 Jeismann, Karl-Ernst: Geschichtsbilder: Zeitdeutung und Zukunftsperspektive. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51-52/2002, S. 13.

3 Oanca, Dana: Mythen und Vergangenheit – Rumänien nach der Wende. München 2005.

feiert wird, spalten sich in Deutschland die Erinnerungen an der Befreiung von einem Terrorregime auf der einen und den Erfahrungen von Flucht und Vertreibungen auf der anderen Seite. In Mittelosteuropa stehen wiederum die Erfahrungen der „doppelten Diktatur“ im Vordergrund, also der Wechsel von nationalsozialistischer zu kommunistischer Diktatur und der „Verrat des Westens“ in Jalta. Für die Russische Föderation bildet der eigene Sieg über Hitler-Deutschland das konstituierende Element der Erinnerungskultur. Jene Trennlinien treten immer dann besonders zutage, wenn die jeweils eigene Erinnerungskultur von einer anderen dominiert zu werden droht, als Beispiel seien die Feierlichkeiten zum 9. Mai 2005 in Moskau genannt.⁴ Auch der Stellenwert des Holocausts in einem zukünftigen europäischen Geschichtsbewusstsein wird in diesem Zusammenhang von west- und mittelosteuropäischer Seite kontrovers diskutiert. Für die Konrad-Adenauer-Stiftung ist die Aufarbeitung der totalitären Vergangenheit ein wichtiger Baustein für demokratische und friedliche Gesellschaften. Dieses Prinzip hat die KAS bei der Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Kommunismus, aber auch mit Flucht und Vertreibung, in Deutschland geleitet.

Die vorliegende Studie möchte auf Grundlage der vorangestellten Überlegungen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) einen kurzen Überblick über den Umgang mit Geschichte in den Ländern Mittelost- und Südosteuropas geben. Der Schwerpunkt soll dabei auf Aspekten der politisch-juristischen Aufarbeitung einerseits und der öffentlichen Erinnerungs- und Memorialkultur andererseits liegen. In den Kontext eingebettet sollen die Aktivitäten und Maßnahmen der Konrad-Adenauer-Stiftung auf diesem Gebiet dargestellt und abschließend evaluiert werden.

II Relevanz des Themas für Mittel- und Südosteuropa

Die Vergangenheitsbewältigung der Länder Mittelost- und Südosteuropas ist nicht aus ihrem jeweiligen nationalen Kontext zu reißen. Regionale, politische und generative Unterschiede ziehen sich quer durch die Gesellschaften und prägen den betreffenden nationalen Diskurs. Ungleichzeitigkeiten zwischen den Ländern hinsichtlich der Vergangenheitsaufarbeitung stellen den Normalfall dar. So waren sich die neuen Regime nach 1989 uneins über die Art und Weise des Umgangs mit der kommunisti-

4 Troebst, Stefan: Postkommunistische Erinnerungskulturen im östlichen Europa. Bestandsaufnahme, Kategorisierung, Periodisierung. Wrocław 2005, S. 7.

schen Vergangenheit. Manche verlangten eine Radikalkur, eine Abrechnung mit hochrangigen Funktionären, andere waren eher darauf bedacht, sich in den Methoden der Aufarbeitung von denen der kommunistischen Machthaber zu unterscheiden.⁵ Wie man mit dem kommunistischen Unrechtssystem und seinen Tätern moralisch, rechtsstaatlich und politisch umgehen soll, ist immer noch eine Frage, die die postkommunistischen Länder stark bewegt.

Während sich die Länder des ehemaligen Jugoslawiens vorwiegend mit ihrer jüngsten Vergangenheit und den noch immer latent schwelenden interethnischen bzw. interreligiösen Konflikten auseinandersetzen, kreisen die Debatten in den mittelosteuropäischen Staaten eher um die Aufarbeitung der nationalsozialistischen und kommunistischen (Okkupations-)Geschichte und den damit verbundenen vergangenheitspolitischen Schwierigkeiten und Herausforderungen. „Die Vergangenheit bewältigen“ bzw. sich der Erinnerung zu stellen, bedeutet somit für die jeweiligen Länder ganz Unterschiedliches.

Die Vergangenheitsbewältigung bzw. die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit ist ein traditionelles Arbeitsgebiet der KAS. Die länderspezifischen Differenzen spiegeln sich in den Aktivitäten der KAS auf dem Gebiet der Vergangenheitsverarbeitung wider.

5 Schwarzbuch des Kommunismus, S. 497.

III Länderberichte

1. Tschechien (KAS Prag)

Vergangenheitsbewältigung und Erinnerungskultur in Tschechien

Die Aufarbeitung der gemeinsamen Vergangenheit spielte in Tschechien nach 1989 im Rahmen der bilateralen Beziehungen mit Deutschland eine große Rolle. Auf Initiative der Präsidenten Václav Havel und Richard von Weizsäcker wurde bereits 1990 eine „Deutsch-Tschechoslowakische Historiker-Kommission“ gegründet, „die sich seither der Fachdiskussion über weiße Flecken und Wendepunkte in der gemeinsamen Geschichte widmet.“⁶ Auch trug die katholische Kirche in den Jahren 1990 und 1995 mit Erklärungen zur Versöhnung der beiden Länder bei. Die deutschen Bischöfe erinnerten hierbei an das in deutschem Namen an Tschechen verübte Unrecht, die tschechischen Bischöfe verurteilten im Gegenzug die Vertreibungen der Deutschen aus ihrer Heimat. Zwar kam es folglich in den ersten Jahren nach 1989 zu einer politischen wie privaten Annäherung der Länder, Ereignisse wie das Münchner Abkommen von 1938 und die Zeit der nationalsozialistischen Okkupation belasteten jedoch das Verhältnis noch immer in beachtlichem Maße. Die im Jahre 1997 unterzeichnete „Deutsch-Tschechische Erklärung“ führte in diesem Zusammenhang zu einer gewissen Entspannung, Kontroversen um die sog. „Beneš-Dekrete“ und die Sudetendeutsche Landsmannschaft lebten jedoch 2002 wieder auf. Ähnlich wie im Fall Polens stellte sich die Frage, inwiefern dem Leiden der (sudetendeutschen) Vertriebenen gedacht werden kann, ohne Ängste vor einer „Neubewertung“ der Geschichte von deutscher Seite zu schüren.

Der Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit unterschied sich in Tschechien nach 1992 von den übrigen mittelosteuropäischen Staaten vor allem aufgrund seiner fehlenden gerichtlichen Ebene. Gesetzliche Grundlage für die Lustration in Tschechien bildete zunächst das 1991 vom tschechoslowakischen Parlament erlassene und von der unabhängigen Tschechischen Republik übernommene „Lustrationsgesetz“. Wurde eine Kollaboration mit dem kommunistischen System und/oder dem

6 Jaroslav Kučera/Dieter Segert: Beziehungen zu Deutschland. In: Informationen zur politischen Bildung 2002, Heft 276.

Geheimdienst festgestellt, war der entsprechenden Person der Zugang zu Posten in weiten Teilen des öffentlichen Diensts für 5 Jahre versagt. Der tschechische Lustrationsprozess geriet national und international in Kritik und wurde der Verletzung der Menschenrechte bezichtigt, da er sich vorwiegend auf die Akten des kommunistischen Geheimdienstes stützte, diese jedoch oftmals nur unzuverlässig und unvollständig Auskunft gaben. Zudem existierte keine gesetzliche Grundlage zur Berufung einer „Lustrationsentscheidung“. Das Lustrationsgesetz lief in dieser Form im Jahre 2000 aus und wurde durch eine „weichere“ Form der Durchleuchtung ersetzt.

Im Umgang mit der Zeit des Holocausts in Tschechien stellte die 1998 errichtete Arbeitskommission, die sich der Erforschung von Besizenteignungen von Holocaustopfern widmete, einen wichtigen Aspekt in der öffentlichen Wahrnehmung dar.⁷ Zudem richtete der Staat einen „Nationalen Fonds für Holocaustopfer“ ein, welcher neben Entschädigungen auch materielle Unterstützung kultureller und sozialer Projekte liefert, die in Zusammenhang mit jüdischem Leben stehen. Das von den Nationalsozialisten nordwestlich von Prag errichtete Konzentrationslager Theresienstadt wurde in eine Gedenkstätte umgewandelt, die sich seit 1989 vorrangig mit Publikationen, Forschung und der politischen Bildung beschäftigt.⁸ Auch der noch immer stark belastete und international kritisierte Umgang mit der Roma-Minderheit von staatlicher und gesellschaftlicher Seite gehört zum vergangenheitspolitischen Diskurs in Tschechien.

Inhalte der KAS-Arbeit

- Ausbau der bilateralen Beziehungen im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit
- Förderung der Aufarbeitung der kommunistischen Geschichte
- Erinnerung an das christliche und jüdische Erbe

In den vergangenen drei Jahren widmete sich die KAS in Prag der Vergangenheitsbewältigung und Erinnerungsarbeit insbesondere auf dem Gebiet der deutsch-tschechischen und kommunistischen Geschichte. Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit erfolgte allerdings eher sporadisch und gehört mittlerweile nicht mehr zu den Hauptanliegen der Stiftung in Prag. Die Inhalte der Stiftungsarbeit orientierten sich vorwiegend am Ausbau der bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Tschechien. Sensible Themen, wie die Diskussion um die sog. „Beneš-

7 Hájková, Anna: Die Holocaustforschung in Tschechien, S. 31.

8 Ebenda, S.29.

Dekrete“ und /oder die Debatte um die Vertreibungen von Deutschen, wurden bereits im Laufe des Jahres 2003 in den KAS-Aktivitäten aufgegriffen. Der aktuelle Fokus der Stiftungsarbeit liegt nunmehr auf der Dialogförderung zwischen der mittleren und jungen Generation von Deutschen und Tschechen und der Förderung einer fruchtba- ren Zusammenarbeit beider Seiten. Mit dem Datum des EU-Beitritts im Mai 2004 steht die Suche nach einer gemeinsamen europäischen Identität im Vordergrund. Zu diesem Thema sind weitere Publikationen, Workshops und Konferenzen geplant.

Konrad-Adenauer-Stiftung Tschechische Republik

Dr. Stefan Gehrold
Klimentská 46

CZ-110 02 Prag 1
Tel.: 00420-2-22 32 01 90 oder -91
Fax: 00420-2-2 23 20 98
E-Mail: kasprag@kasprag.cz

Kontaktadressen:

Institut für Zeitgeschichte

Dr. Oldrich Tuma
Ústav pro soudobé dejiny AV CR
Vlašská 9

CZ-118 40 Praha 1
Tel.: 00420-2-2 57 53 11 21
Fax: 00420-2-2 57 53 11 21
E-Mail: tuma@usd.cas.cz

Jüdische Gemeinde

JUDr. Tomáš Kraus
Federace židovských obcí
Maiselova 18, P.O. Box 297

CZ-110 01 Praha 1
Tel.: 00420-2-2 24 80 08 24
Fax: 00420-2-2 24 81 09 12
E-Mail: fedzid@vol.cz
www.fedzid.czweb.org

Sudetendeutsches Kontaktbüro

Peter Barton M.A.

SKS

P. O. Box 47, Posta 011

CZ-118 01 Praha 1

Tel.: 00420-2-89 87 30 25

E-Mail: sks-praha@cmail.cz

Ackermann Gemeinde

Anton P. Otte

Vyšehradská 49

CZ-120 00 Praha 2

Tel.: 00420-2-2 21 97 93 25

Fax: 00420-2-22 4 91 05 69

E-Mail: sag@omadeg.cz

Collegium Bohemicum

Mgr. Jan Šícha

Stadtmuseum Ústi nad Labem

Masarykova 1000/3

CZ-400 01 Ústi nad Labem

Tel.: 00420-2-4 75 20 11 16

E-Mail: sicha@literarky.cz

www.collegiumbohemicum.cz/de_kontakt.php

2. Polen (KAS Warschau)

Vergangenheitsbewältigung und Erinnerungskultur in Polen

Das Thema Geschichte und Erinnerung spielt in Polen in Politik wie Alltag eine konstituierende Rolle. Das von Teilung und Fremdherrschaft über Jahrhunderte geprägte Selbstbild Polens als einer Widerstandsgesellschaft resultierte in einer ausgeprägten Freiheitsliebe und einem gestärkten Nationalbewusstsein. Dies und der große Einfluss der katholischen Kirche auf die Gesellschaft und in beachtlichem Maße auch auf Partei und Staat, dürften nicht zuletzt ausschlaggebende Gründe für die „besonders inkonsequente Ausprägung des Kommunismus in Polen seit 1945“ gewesen sein.⁹

Der Umgang mit der kommunistischen Geschichte in Polen begann mit der Antrittsrede des ersten postkommunistischen Regierungschefs, Tadeusz Mazowiecki, in welcher dieser proklamierte, einen „dicken Strich“ unter die kommunistische Zeit zu ziehen. Dies symbolisierte vorerst den Verzicht auf eine Lustration von Personen im öffentlichen Dienst. Die innerpolnische Debatte um die kommunistische Vergangenheit begann aus gutem Grund erst mit der Transformation der Sowjetunion in die Russische Föderation und dem Antritt Jan Olszewskis als Ministerpräsidenten im Jahre 1992. Das polnische Parlament erließ schließlich im Jahre 1998, nach einer Zeit der „wildem Lustration“, ein Gesetz, das die Durchleuchtung von Personen des öffentlichen Dienstes auf eine frühere Geheimdiensttätigkeit hin regelte. Aktuell ist hier der Beschluss des Sejm vom Juli 2006 über ein neues Lustrationsverfahren zu nennen. Für Aufsehen sorgte Ende Januar 2005 die Veröffentlichung der so genannten „Wildstein-Liste“. Der für die Tageszeitung Rzeczpospolita arbeitende Journalist und ehemalige Oppositionelle Bronislaw Wildstein brachte eine Liste aus dem Institut für Nationales Gedenken (IPN) mit Namen von ehemaligen Mitarbeitern und Opfern des polnischen Geheimdienstes (Służba Bezpieczeństwa) im Internet in Umlauf. Es folgten kontroverse Debatten um die Glaubwürdigkeit der veröffentlichten Daten und den Aspekt der Rufschändung der Betroffenen.

Die Zeit der deutschen Okkupation während des Zweiten Weltkrieges beeinflusst, je nach Regierungspartei, in unterschiedlich starkem Maße die bilateralen Beziehun-

gen. Debatten entzündeten sich in der Zeit nach 1989 vorrangig an dem Thema Vertreibung, zuletzt an dem geplanten „Zentrum gegen Vertreibungen“ und Forderungen der „Preußischen Treuhand“ nach Restitution. In diesem Zusammenhang besteht von polnischer Seite vor allem die Angst vor einer „Neubewertung der Geschichte“ durch die Deutschen und einer Marginalisierung der Verbrechen des Dritten Reiches. Restitutionsansprüche werden angesichts des Schicksals im 2. Weltkrieg und danach im Kommunismus als bare Zumutung radikal abgelehnt.

Der Beschäftigung mit der polnisch-jüdischen Geschichte kommt innerhalb der Vergangenheitsbewältigung im heutigen Polen eine große, wenn auch oftmals kontrovers diskutierte Rolle zu. Das von dem polnischen Soziologen Jan T. Gross im Jahr 2000 veröffentlichte Buch "Nachbarn" über den Pogrom in der polnischen Kleinstadt Jedwabne leitete eine heftige und kontroverse intellektuelle Debatte ein, die als bisheriger Höhepunkt der polnischen Vergangenheitsbewältigung nach 1989 gelten kann. Gross legte hierin den Mord an jüdischen Männern, Frauen und Kindern in Jedwabne durch einen Teil der polnischen Bevölkerung in Zusammenarbeit mit der deutschen SS dar. Der dekonstruierte polnische Opfermythos verursachte einen Aufschrei in der Öffentlichkeit. In den folgenden Jahren beschäftigten sich Wissenschaft und Publizistik ausführlich mit dem Thema Jedwabne wie auch mit dem Thema der Nachkriegspogrome gegen die jüdische Bevölkerung in Kielce und anderen Städten Polens. Vor wenigen Monaten erschien das neue Buch „Fear“ von Gross zu den Pogromen in Kielce; die Debatte hierzu bleibt abzuwarten. Auch die anti-jüdische Politik des kommunistischen Regimes im Jahre 1968, welche zur Auswanderung eines Großteils der damals noch in Polen lebenden Juden führte, wurde und wird diskutiert.

Inhalte der KAS-Arbeit

- Nationalsozialistische Okkupation und Gewaltherrschaft
- Der Holocaust im polnischen Kontext
- West-Verschiebung Polens und Vertreibungen („Zentrum gegen Vertreibungen“)
- Restitutions- bzw. Reparationsansprüche
- Veränderungen im Geschichtsbewusstsein
- Lustration

9 Bingen, Dieter: Tausendjahre wechselvolle Geschichte, Informationen zur politischen Bildung, S. 9.

Die Stiftungsarbeit ist immer auch von dem Kooperationswillen staatlicher Institutionen, Gruppen und Parteien abhängig. Gerade in der polnischen Wahlkampfzeit der letzten beiden Jahre war eine sachliche öffentliche Diskussion über bestimmte vergangenheitsbezogene Probleme und Fragestellungen kaum möglich. Zudem scheint in der sensiblen Debatte um das geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ ein „Rückfall“ hinter die bereits in den 90er Jahren erreichte gemeinsame Sichtweise stattzufinden.

Konrad-Adenauer-Stiftung Polen

Stephan Raabe
ul. J. Dabrowskiego 56

PL-02-561 Warschau
Tel.: 0048-22-8 45 38 94 oder -8 48 54 01
Fax: 0048-22-8 48 54 37
E-Mail: kas@kas.pl

Kontaktadressen:

Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung

Fundacja Krzyżowa dla Porozumienia Europejskiego
Annemarie Franke
Geschäftsführende Vorsitzende
Krzyżowa 7

PL-58-112 Grodziszczce
E-Mail: franke@krzyzowa.org.pl

Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien

Universität Breslau
Centrum Studiów Niemieckich i Europejskich im. Willy Brandta
Dr. Krzysztof Ruchniewicz
Uniwersytet Wrocławski
ul. Strażnicza 1-3

PL-50-206 Wrocław
E-Mail: ruchniewicz@wbz.uni.wroc.pl

Deutsches Historisches Institut in Warschau

Direktor Prof. Klaus Ziemer
Al. Ujazdowskie 39

PL-00-540 Warszawa
E-Mail: dhi@dhi.waw.pl

Institut für Nationales Gedenken in Krakau

Direktor Prof. Ryszard Terlecki
Instytut Pamięci Narodowej
ul. Reformacka 3

PL-31-012 Kraków

E-Mail: ryszard.terlecki@ipn.gov.pl

Institut für Nationales Gedenken

Präsident Prof. Janusz Kurtyka
Instytut Pamięci Narodowej
ul. Towarowa 28

PL-00-839 Warszawa

E-Mail: janusz.kurtyka@ipn.gov.pl

**Institut für Geschichte und Internationale Beziehungen
der Universität in Stettin**

Prof. Jan Piskorski
Instytut Historii i Stosunków Międzynarodowych
Uniwersytet Szczeciński
ul. Krakowska 71-79

PL-71-017 Szczecin

E-Mail: janmpiskorski@onet.pl

3. Ungarn (KAS Budapest)

Vergangenheitsbewältigung und Erinnerungskultur in Ungarn¹⁰

Der Systemwechsel in Ungarn begann sich bereits in den 80er Jahren abzuzeichnen und vollzog sich nicht in einem „jähem Bruch“, sondern durchlief sukzessive verschiedene Prozesse, die zu immer größeren gesellschaftspolitischen Zugeständnissen führten. Dies mag auch eine Erklärung für die nur langsam begonnene Vergangenheitsbewältigung auf politischer wie gesellschaftlicher Ebene sein.

Die juristische Vergangenheitsbewältigung des Kommunismus nach 1989 konzentrierte sich vorrangig auf die Ereignisse der antistalinistischen Aufstände von 1956. Der Ministerrat setzte hierzu eine „Historische Kommission“ ein, „die zwischen 1949 und 1956 geschehenes Unrecht zu untersuchen hatte“. Die in der von 1949 übernommenen und nur geringfügig modifizierten ungarischen Verfassung festgesetzten Verjährungs- und Rückwirkungsverbote führten allerdings in diesem Zusammenhang zu juristischen Schwierigkeiten. Generell stand die strafrechtliche Aufarbeitung weniger im Vordergrund, man bemühte sich mehr um Entschädigungen und Rehabilitierungen von Opfern der „harten“ Phase der Diktatur (1948-56).

Auf politischer Ebene wurde ein Lustrationsgesetz zur Durchleuchtung von Personen des öffentlichen Dienstes bereits 1990 gefordert, seine endgültige Verabschiedung fand jedoch erst 1996 statt, wobei die damalige regierende sozialistische Partei das Gesetz auf einen Kreis von 500-1000 zu überprüfenden Personen, vorwiegend hohe Funktionsträger und Parlamentarier, begrenzte. Erst im Jahr 2000 erweiterte die konservative anti-kommunistische Regierungspartei FIDESZ den Kreis der zu Überprüfenden auch auf Angestellte im Medien-Bereich.

10 Die folgenden Ausführungen orientieren sich vorwiegend an dem Artikel von Julie Trappe „Falltür Völkerrecht“ in der Zeitschrift „Freitag“ vom 01.06.2001. (<http://www.Freitag.de/2001/23/0231101.php>).

Hierin beschreibt die Autorin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg den Prozess der juristischen Vergangenheitsbewältigung in Ungarn nach 1989. Weiterhin wurden die „Überlegungen zur Vergangenheitsbewältigung in Ungarn 1989-1999“ von Arpads von Klimos zur Konsultation herangezogen. (<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/BEITRAG/essays/klimo.htm>). Von Klimos beschreibt, im Rahmen eines Beitrags zum Geschichtsforum in Berlin 1999, die verschiedenen Komplexe der Vergangenheitsbewältigung in Ungarn.

Die ungarische Gauckbehörde wurde 1997 als „Amt für Geschichte“ ins Leben gerufen. Zwar kann dort auf Antrag geforscht und Überwachungsakten eingesehen werden, dem Antragsteller werden i.d.R. jedoch nur für höhere Stellen bestimmte Zusammenfassungen vorgelegt. Im Gegensatz zur Übernahme der Stasi-Zentrale durch Bürgerrechtler in der DDR, wurde in Ungarn der ehemalige Leiter des Militärarchivs György Marko, der zwischen 1977 und 1989 auch Parteimitglied war, als Leiter der Behörde bestimmt.

Für einen Großteil der Bevölkerung schienen nach 1989 wirtschaftliche und soziale Probleme zu überwiegen und den Wunsch nach einer Aufarbeitung der Vergangenheit eher gering zu halten. Es kam jedoch zu medienwirksamen symbolischen Aufarbeitungen, wie im Falle der Rückführung der Leiche des unter der Regierung Kadar nach den Aufständen 1956 hingerichteten Reformpolitikers Imre Nagy im Sommer 1989.

Einer (kontrovers diskutierten) Aufarbeitung der Geschichte widmet sich in Budapest das Museum „Haus des Terrors“. Einst befand sich hier das Hauptquartier der ungarisch-faschistischen „Pfeilkreuzer-Bewegung“ wie auch der kommunistischen Geheimpolizei nach 1945. Zu Debatten kam es, da der Zeit des Holocausts und der Geschichte des Regimes Miklos Horthys, der mit den Nationalsozialisten kollaborierte, weit weniger Raum zukommt als dies für die Zeit des Kommunismus der Fall ist. Zudem gibt es zahlreiche Persönlichkeiten, deren Verwandte als Täter im „Haus des Terrors“ dokumentiert sind. Konflikte sind also vorprogrammiert.¹¹

Als im Jahre 2004 das weltweit fünfte und in Osteuropa erste „Holocaust-Museum“ in Budapest eröffnet wurde, zeigte sich zudem erstmals ein Wille zur offenen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit des Faschismus im Allgemeinen und des Holocaust im Besonderen. So sprach Budapests Oberbürgermeister Gabor Demszki von der Verantwortung für das Verbrechen, „das die ungarische politische Gemeinschaft zwischen 1938 und 1944 gegen das ungarische Judentum verübt hat.“¹² Eine politisch-öffentliche Debatte um die Verstrickung des ungarischen Volkes in den Holocaust fand in den Jahren nach 1989 generell nur in geringem Maße statt. Die Zeit des Faschismus wurde zumeist auf die „fremde Okkupation“ durch die Deutschen

11 Braun/Lermen/Schmidt/Weigelt: Europa im Wandel - Literatur, Werte und europäische Identität. 2005, S. 406.

12 Eschinger, Doreen: Die Erinnerung an den Holocaust in Ungarn - Reflexionen. Vortrag für das Januar-Symposium des Promotionskollegs des Lektorenprogramms der Robert Bosch Stiftung 2005-2007, S. 6.

und die Zeitspanne nach der Etablierung des Szalasi-Regimes im Oktober 1944 begrenzt.¹³ Zwar wurde das Jahr 1989/90, ähnlich wie in anderen mittelosteuropäischen Ländern, zu einer Aufarbeitung historischer Ereignisse benutzt, die zuvor vom kommunistischen Regime totgeschwiegen wurden; die Diskussion um die eigene Verstrickung in den Holocaust weist jedoch bis heute eine nur marginale Präsenz im öffentlichen Diskurs auf. Die Vernichtung der ungarischen Juden, die nicht zuletzt mit Hilfe des ungarischen Verwaltungsapparats möglich gemacht wurde, wird noch nicht als ein Teil der ungarischen Geschichte verstanden.

„Insgesamt bedeutet die bisher fehlende Aufarbeitung der kommunistischen Zeit, zusammen mit der bisher ebenfalls weitgehend fehlenden Beachtung nicht-jüdischer ungarischer Volksgruppen, einschließlich der Sinti und Roma und der Ungarndeutschen eine Gemengelage unverarbeiteter Probleme, die in jeder zufälligen oder bewusst politisch provozierten Situation explosive Folgen hat und die Spaltung der ungarischen Gesellschaft vertieft. Dafür stehen einige markante Beispiele, die vor allem zeigen, dass der Vorwurf des Antisemitismus in Ungarn immer wieder in der Gefahr steht, missbraucht zu werden.“¹⁴

Inhalte der KAS-Arbeit

- Politische Aktualität historischer Erinnerung in Mitteleuropa
- Christlich-jüdisches Verhältnis
- Deutsch-ungarisches Verhältnis
- Ungarn im europäischen Kontext

Konrad-Adenauer-Stiftung Ungarn

Hans-J. Kaiser
Batthyány u. 49

H-1015 Budapest
Tel.: 0036-1-4 87 50 10
Fax: 0036-1-4 87 50 11
E-Mail: hans.kaiser @adenauer.hu

13 Ebenda, S. 2.

14 Braun/Lermen/Schmidt/Weigelt: Europa im Wandel - Literatur, Werte und europäische Identität. 2005, S. 404.

Kontaktadressen:

„Haus des Terrors“

Professor Dr. Mária Schmidt
Andrássy út 60.

H-1062 Budapest
www.terrorhaza.hu/index2.html

Institut des 20. Jahrhunderts

Kontaktperson: Csilla Paréj.
Határőr út 35.

H-1122 Budapest
Tel.: 0036-6-1-212-71 40
E-Mail: xkszazadintezet@xkszazadintezet.hu
www.xkszazadintezet.hu

Verein der in die Zwangslager von Hortobágy Verschleppten

Dr. Péter Eötvös
E-Mail: peter@eotvos.de

4. Slowakei (KAS Bratislava)

Vergangenheitsbewältigung und Erinnerungskultur in der Slowakei

„Vergangenheitsbewältigung“¹⁵ in der Slowakei konzentrierte sich nach 1989/90 vorwiegend auf die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit. Die Implementierung eines Lustrationsgesetzes fand in der Slowakei allerdings, im Vergleich zu anderen Transformationsstaaten Mittelosteuropas, aus verschiedenen Gründen relativ spät statt. So übernahm die unabhängig gewordene Slowakei zwar das vom tschechoslowakischen Parlament 1991 erlassene Lustrationsgesetz, Versuche und Ansätze einer Anwendung des Gesetzes durch Beauftragung des Slowakischen Sicherheitsdienstes (SIS) verliefen jedoch im Sande. Zwar fanden zwischen 1992 und 1996 zahlreiche weitere Versuche einer Implementierung des Gesetzes statt, sie scheiterten jedoch allesamt an Widerständen im Parlament. Auch die nach dem Rücktritt des semi-autoritären Regierungschefs Vladimir Meciar herrschende Mitte-Rechts-Regierung Mikulas Dzurindas brachte den Prozess nur langsam voran. Erst im Jahre 1999 begann sich mit der Ernennung Jan Carnogurskys als Justizminister eine Veränderung abzuzeichnen. Im Zuge des Wahlkampfes 2002 passierte schließlich ein „Gesetz zum Nationalen Gedenken“ das slowakische Parlament, welches zur Einrichtung des „Instituts für Nationales Gedenken“ (UPN) führte. Die Aufgaben des Instituts beziehen sich vorrangig auf die Dokumentation von Tatbeständen sowie auf die Öffnung von Archiven für Opfer des faschistischen und kommunistischen Systems.

Im Mai 2005 publizierte das Institut eine Liste aller kommunistischen Kollaborateure und ihrer Opfer auf seiner Internetseite. Die Slowakei war zu diesem Zeitpunkt neben (Ost-) Deutschland und der Tschechischen Republik das dritte Land, welches eine derartige Liste der Öffentlichkeit zugänglich machte. Im Februar 2006 erweiterte das Institut seine Arbeit auf die Erforschung der faschistischen Vergangenheit des Landes.

15 Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf den Text „Explaining Late Lustrations in Slovakia: Limited Choices and Limiting Coalitions“ von Jana Kunicova und Monika Nalepa, Juni 2005. Hierin gehen die Autorinnen der Frage nach, aus welchen Gründen eine verspätete Lustration in der Slowakei stattgefunden hat.

Ein von dem Historiker Jan Hlavinka geleitetes Projekt, das in dieser Form in Europa einmalig ist, stellt die Namen und Daten von jedem einzelnen der etwa 75.000 deportierten slowakischen Juden sowie die Namen derer, die das Eigentum der Deportierten übernahmen, ins Netz und macht sie so der Öffentlichkeit zugänglich.

Die Geschichte der Slowakei während des Zweiten Weltkrieges ist generell von Ambivalenzen geprägt. Einerseits spaltete sich die Slowakei als eigenständiger Staat unter der Führung Josef Tisos von der Tschechoslowakei ab, andererseits wurde ihr Status durch die erzwungene Unterzeichnung eines „Schutzpapiers“ in außen-, wirtschafts- und militärpolitischen Fragen dem Diktum Hitlers unterworfen, bis sie schließlich zu einem Satellitenstaat Nazi-Deutschlands umgewandelt wurde. Dennoch betrieb die autonome Slowakei unter Tiso eine eigenständige antijüdische Politik, die – anders als in Deutschland zu dieser Zeit – stärker religiös-nationalistisch motiviert war. Der heutige Umgang mit diesem Teil der Vergangenheit gestaltet sich schwierig. Ein Teil der slowakischen Gesellschaft strebt die Rehabilitation Tisos an. Zudem erweist sich das Konzept des Nationalismus nach 1989 als ein starkes Orientierungsmuster in der Gesellschaft. Andererseits zeugen Initiativen wie die oben erwähnte Erforschung der Vernichtung der slowakischen Juden zu Zeiten der autonomen Slowakei von einem verantwortungsvollen Umgang mit der Geschichte.

Inhalte der KAS-Arbeit

- Berichte über den Widerstand gegen die kommunistische Diktatur
- Informationen über die Geschichte ehemaliger Dissidenten
- Diskussion über die Folgen der kommunistischen Herrschaft für die heutige Gesellschaft
- Widerstand der Kirche gegen den Kommunismus
- Lustrationsverfahren
- Der Holocaust in der Slowakei

KAS-Verbindungsbüro Bratislava

Leiter: Dr. Stefan Gehrold
Wissenschaftliche Mitarbeiterin: Agáta Pešková
Zelená 8

SK-81101 Bratislava
Tel.: 0042-12-54 41 94 38 oder -54 41 94 24
Fax: 0042-12-54 41 94 41
E-mail: kasslovak@nextra.sk

Kontaktadressen:

Institut für Nationales Gedächtnis

Frau Eva Guldanova

Ústav pamäti národa

Námestie SNP 28

P. O. Box 239

SK-810 00 Bratislava 1

Tel.: 0042-12-593 003 11

Fax: 0042-12-593 003 91

E-Mail: guldanova@upn.gov.sk

www.upn.gov.sk

5. Bulgarien (KAS Sofia)

Vergangenheitsbewältigung und Erinnerungskultur in Bulgarien¹⁶

Das Thema der Vergangenheitsaufarbeitung hat in Bulgarien auch 16 Jahre nach der Wende kaum etwas von seiner Brisanz eingebüßt. Aus einer Reihe von Gründen wurde die kommunistische Epoche in Bulgarien bisher nur unzureichend beleuchtet und bewertet. Es ist 1990 zu keinem klaren Trennstrich gekommen. Zwar machte die Bewältigung kommunistischen Unrechts bis 1992 Fortschritte, seit 1993 gab es jedoch wiederholt Versuche, gewisse juristische „Exzesse“ der vormals regierenden anti-kommunistischen Partei „Union der demokratischen Kräfte“ (SDS) rückgängig zu machen.¹⁷ Die nach 1989 stattgegebenen Gesetze regelten die Rehabilitierung politisch Verfolgter und beschlossen Amnestien „für die in kommunistischer Zeit politisch Verurteilten“.¹⁸ Der frühere kommunistische Parteisekretär Todorov Zhivkov (1954-1989) wurde 1992 zwar zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt, die Strafe wurde jedoch später ausgesetzt. Insbesondere bei der Öffnung der Archive der ehemaligen Staatssicherheit DS wurde zudem inkonsequent verfahren. Zum einen ließ man es im Verlauf der demokratischen Wende 1989-90 zu, dass ein beträchtlicher Teil des Aktenmaterials vernichtet wurde. Zum anderen waren die Bemühungen der beiden bürgerlichen Nachwenderegierungen 1991-92 und 1997-2001 zur Öffnung der Geheimdienstarchive halbherzig und brachten nicht ausreichend Licht in dieses dunkle Kapitel bulgarischer Geschichte. Die Versuche zur Offenlegung der Geheimdienstakten fanden ein vorläufiges Ende, als die Regierung des Ex-Monarchen Simeon Sakschoburggotski als eine ihrer ersten Amtshandlungen im Jahre 2001 das von der Vorgängerregierung der Vereinten Demokratischen Kräfte (ODS) verabschiedete Gesetz über die DS-Unterlagen aufhob und die Akten wieder schloss. Eine Öffnung der Archive würde die anstehenden wirtschaftlichen und politischen Reformen nur unnötig erschweren, so die Regierung.

16 Die Ausführungen orientieren sich fast ausschließlich an dem Veranstaltungsbericht der KAS Sofia vom 15.03.2006 zu dem Thema „Die Archive des totalitären Staates und die bulgarische Gesellschaft“. Verfasser: Ralf Jaksch, Außenstellenleiter KAS Sofia.

17 Brahm, Heinz: Überwindung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Bulgarien. Bericht des BIOst Nr 47/1997.

18 Ebenda, S. 12.

Inhalte der KAS-Arbeit

- Aufarbeitung der kommunistischen Geschichte
- Die orthodoxe Kirche und der Kommunismus
- Lustrationsverfahren

Ziele

- Die öffentliche Diskussion anzuregen
- Das Interesse der Gesellschaft an Erinnerungskultur zu wecken bzw. zu fördern
- Einen Beitrag für die noch ausstehende öffentliche Auseinandersetzung über das Thema der Geheimdienstvergangenheit zu leisten

Konrad-Adenauer-Stiftung Bulgarien

Ralf Jaksch
Boulevard „Janko Sakasov“ 19
4. Etage, App. 11

BG-1504 Sofia
Tel.: 00359-2-9 43 43 88 oder 9 43 43 90 oder -9 44 14 82
Fax: 00359-2-9 43 34 59
E-Mail: kas.sofia@mb.bia-bg.com

Kontaktadressen:

Stiftung „Demokratie“

Budapeststr. 34 - Eingang Simeonstr.

BG-Sofia
Tel.: 00359-2-810 22 22; 810 22 11; 810 22 33; 810 22 44
Fax: 00359-2-810 22 45
E-Mail: fd2005@abv.bg
www.democracybg.org/

Stiftung „Demokratisches Institut“

Rakowskistr. 134

BG-Sofia
Tel.: 00359-2-930 61 17
Fax: 00359-2-980 73 40
E-Mail: h_panchugo@sds.bg

Forum „Bulgarin“

Lewskiboulv. 108

BG-Sofia

Tel.: 00359-2-946 15 75; 943 33 13

E-Mail: bulgarka@bgnet.bg

Union der Repressierten nach dem 9.9.1944

Zone B5, Block, Eingang D

BG-Sofia

Tel.: 00359-2-920 37 65

Union der vom kommunistischen Terror in Bulgarien Repressierten

Wrabtschastr. 1

BG-Sofia

Tel.: 00359-2-980 08 90

6. Rumänien (KAS Bukarest)

Vergangenheitsbewältigung und Erinnerungskultur in Rumänien

Rumänien erlebte als einziges europäisches Land ein gewaltsames Ende des Kommunismus. Keine „samtene“ Revolution, sondern die Ermordung des Diktatoren-Ehepaares Nicolae und Elena Ceausescu (1965-1989) und die in diesem Zusammenhang stattfindenden blutig niedergeschlagenen Aufstände der Bevölkerung 1989 markierten die wohl wichtigsten und gleichzeitig umstrittensten Punkte der gesellschaftspolitischen Umbrüche Rumäniens. Noch immer findet sich in der Bevölkerung und den politischen Eliten kein Konsens in der Bewertung des Todes Ceausescus und der Revolution. Konkurrierende historische Deutungsversuche reichen von ‚Verrat‘ (extreme Rechte und Linke) über ‚Volksrevolution‘ (alte Eliten) bis hin zu ‚Staatsstreich‘ (demokratische Opposition).¹⁹ So wird der Umsturz 1989 in vielerlei Hinsicht oftmals eher als eine „Palastrevolte“ als ein Machtkampf zwischen unterschiedlichen Teilen der Nomenklatura und weniger als ein viel versprechender Beginn einer politischen Transformation gesehen.²⁰

Das Thema der Vergangenheitsverarbeitung gestaltet sich in Rumänien folglich äußerst schwierig und komplex. Insbesondere unter der Führung des ersten Präsidenten, Ion Iliescu, fand eine nur halbherzige Aufarbeitung statt, die im Grunde zu verdecken suchte, dass der staatlichen Seite an einer wirklichen Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit nicht gelegen war.²¹ Zwar gründeten sich in dem eher restriktiven politischen Klima der ersten Monate nach 1989 neue Organisationen, die durchaus an einem „Prozess gegen den Kommunismus“ interessiert waren, doch trafen diese auf nur wenig Unterstützung von staatlicher Seite. Archivmaterial wurde „vernichtet, manipuliert, gefälscht“, Regierungsämter zeigten sich wenig kooperativ und „eine reaktivierte Geheimpolizei schaltete wie in alten Zeiten.“²² Das 1993 gegründete „National-Institut zum Studium des Totalitarismus“ widmete sich der Aufarbeitung nicht nur des kommunistischen Totalitarismus und tat sich insbesondere mit

19 Heinen, Armin: Der Tod des Diktators und die Gegenwart der Vergangenheit: Rumänien 1989-2002. In: zeitenblicke 3 (2004), Nr. 1.

20 <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/180.0.html> Letzter Zugriff: 20.03.2006.

21 Oschlies, Wolf: Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Rumänien. Teil I: 1989-1995/96. In: Bericht des BIOst Nr. 3/1998.

22 Ebenda, S. 4.

Publikationen auf diesem Gebiet hervor. Die mit anderen Ländern Mittelosteuropas vergleichbare Aufarbeitung des „Gulag-Systems“ in Rumänien beschäftigte sich vor allem mit den „mehr als 120 Anstalten, über denen eine ‚Direktion der Strafanstalten, Lager und Kolonien‘ mit Sitz in Bukarest stand.“²³

Mit dem erstmaligen Sieg der demokratischen Opposition und der Wahl Constantinescus zum neuen Präsidenten im Jahr 1996 deutete sich ein vergangenheitspolitischer Wandel an. Vorrangiges Ziel war nunmehr, die unter Iliescu größtenteils „verwischte“ Geschichte der Revolution von 1989 aufzuarbeiten. Auch sollte es nicht mehr nur zu einer Aufarbeitung der Ceausescu-Zeit, sondern vielmehr zu einer Betrachtung der gesamten kommunistischen Zeit kommen. Im Jahre 1996 nahm mit Präsident Constantinescu erstmalig ein Staatsoberhaupt an der Gedenkfeier in Timisoara zum Ausbruch der Revolution 1989 teil.²⁴ Zur Aufarbeitung der Geschichte der kommunistischen Lager wurden von der Regierung zahlreiche Bürgerinitiativen zugelassen, die eine Reihe von Dokumentationszentren errichteten.²⁵ Eines der bekanntesten ist das im Lager Sighet errichtete Zentrum „Memorial für die Opfer des Kommunismus und des Widerstandes“. Die Verbindung aus Gedenkstätte und wissenschaftlicher Forschung des Zentrums „verspricht [hierbei] ein hohes Maß an Aufklärung“.²⁶

Zehn Jahre nach den ersten Anträgen auf ein Aktenöffnungsgesetz von Oppositionellen verabschiedete das rumänische Parlament nach einigen Widerständen im Dezember 1999 ein Gesetz zur Öffnung der Archive des ehemaligen Geheimdienstes Securitate. Rumänien war damit das letzte der EU-Kandidatenländer, das einen solchen Zugang gesetzlich verankerte. Der Zugang zu den Akten war nun zwar für einen streng definierten Personenkreis möglich, doch wies der immense Bestand des Staatsarchivs bezüglich der Herrschaftszeit Ceausescus und der Akten der Securitate enorme Lücken auf. Zudem wird der Zugang zu den Akten noch immer von Geheimdienstmitarbeitern „begleitet“ und „zensiert“. Der im Frühjahr 2000 gegründete „Nationale Rat zum Studium der Securitate-Archive“ (CNSAS), das rumänische Pendant der Gauck-Behörde, befindet sich in beständigem Konflikt mit diesen. Ihre Tätigkeit wurde jahrelang von der Rumänischen Sicherheitsbehörde (SRI) erschwert, die sich weigerte, die Securitate-Akten der CNSAS zur Verfügung zu stellen. Im März

23 Ebenda, S. 20.

24 Oschlies, Wolf: Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Rumänien. Teil II: 1996/97. Bericht des BIOst Nr. 4/1998, S. 12.

25 Ebenda, S. 3.

26 Ebenda, S. 17.

2006 wurde ein neues elfköpfiges Führungsgremium gewählt, in dem sich Vertreter der Regierung, der Präsidentschaft und der parlamentarischen politischen Parteien befinden. Der neu gewählte Vorsitzende Corneliu Turianu ist stark umstritten. Man wirft ihm vor, er habe sogar mit der ehemaligen Securitate zusammengearbeitet und soll sich außerdem dem ersten Gesetzentwurf zur Enttarnung der Securitate 1997 widersetzt haben. Insofern erscheint auch dieses Mal wieder eine Öffnung der Akten und eine ernstzunehmende Aufarbeitung des Securitate-Regimes mehr als zweifelhaft.

Schließlich wurde im Dezember 2005 das Institut für die Erforschung der Kommunismusverbrechen gegründet, das der Regierung untersteht und von dem renommierten Historiker und „Securitate“-Forscher Marius Oprea geleitet wird. Ziel ist neben der Erforschung des kommunistischen Regimes in Rumänien vor allem die Identifizierung und datenbankmäßige Erfassung der Aktivisten aus dem Repressionsapparat.

Die Aufarbeitung der Rolle Rumäniens im Zweiten Weltkrieg und die Kollaboration des rumänischen Regimes mit Hitler-Deutschland sowie die eigene Verantwortung an der Vernichtung der Juden sind weitere Themen, die den öffentlichen Diskurs nach 1989 bestimmten. Die in den Jahren 1941-44 von Ion Antonescu geschaffene Militärdiktatur beschäftigte sich eigenständig mit der „Lösung der jüdischen Frage“ und die von Antonescu geäußerten Ansichten zur „ethnischen Säuberung“ Rumäniens wurden nach dem Kriegseintritt an der Seite Hitler-Deutschlands in die Praxis umgesetzt.²⁷ Besonders die Darstellung des Antonescu-Regimes spaltete den öffentlichen Diskurs nach 1989. So wurde die Beteiligung derselbigen an der Vernichtung der Juden oftmals heruntergespielt und eine Rehabilitierung Antonescus, der 1944 auf Befehl des Königs verhaftet und 1946 hingerichtet wurde, gefordert.

Lange Zeit wurde die Existenz eines Holocaust selbst vom früheren Staatspräsidenten Iliescu geleugnet. Die seriöse Beschäftigung mit dieser Thematik begann 2004 mit der Gründung einer „Internationalen Kommission für die Erforschung des Holocausts“ in Rumänien unter der Leitung von Elie Wiesel. Diese Kommission hat einen Bericht erarbeitet, demzufolge nunmehr die Existenz des Holocausts in Rumänien unbestreitbar nachgewiesen ist. Als positive Konsequenz kann die Tatsache gewer-

27 Oancea, Dana: Mythen und Vergangenheit – Rumänien nach der Wende. Dissertation. München 2005, S. 121.

tet werden, dass auch die rumänischen Schulbücher dies endlich zur Kenntnis nehmen.

Der Versuch, nach der Wende ein Lustrationsgesetz zu verabschieden, scheiterte zunächst an der postkommunistischen Regierungspartei PDSR, konnte aber auch von der bürgerlichen CDR-Regierung (1996-2000) nicht verabschiedet werden.

Der aktuelle und vom Staatspräsidenten Basescu unterstützte Gesetzentwurf sieht vor, dass ehemalige Aktivisten der Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Jugend oder der Kommunistischen Studentenorganisation sowie ehemalige Securitate-Mitarbeiter nicht zu Wahlen kandidieren dürfen und auch keine Ämter im Staat, in der zentralen und lokalen Verwaltung, in der Justiz und im Parlament bekleiden können.

Inhalte der KAS-Arbeit

- Gedenken an Staatsterror und Widerstand
- Stasi und Securitate – Kommunistisches Erbe in Deutschland und Rumänien
- Lustrationsverfahren
- Betrachtung des kommunistischen Systems durch die aktuellen Medien

Konrad-Adenauer-Stiftung Rumänien

Dr. Holger Dix
C.P. 35 - 134 RO – 053050 Bukarest
Str. Sf. Elefterie nr. 27

RO-050524 Bukarest
Tel./Fax: 0040-2-14 10 82 35
E-Mail: office@kas.ro

Kontaktadressen:

Gedenkstätte - Memorial Sighet - für die Opfer des Kommunismus und des Widerstands - Museum Sighet

Str. Corneliu Coposu, Nr. 4
Sighet Marmatiei (Kreis Maramures)

RO-22216 Bukarest
Tel./Fax: 0040-262-31 94 24, Tel.: 0040-262-31 68 48
E-Mail: muzeu@memorialsighet.ro

Ana Blandiana

Präsidentin der "Academia Civica"
Str. Transilvaniei 60,

RO-70778 Bukarest

Tel.: 0040-21-311 11 12

E-Mail: acivica@memorialulsighet.ro

Dr. Marius Oprea, Historiker

Mobilfunk: 0040-7-23 16 64 23

E-Mail: opreamar@yahoo.com[PARA]

7. Bosnien und Herzegowina (KAS Sarajevo)

Vergangenheitsbewältigung und Erinnerungskultur in Bosnien-Herzegowina

In der Gegenwart Bosnien und Herzegowinas nimmt die jüngste, vom blutigen Krieg gekennzeichnete Vergangenheit eine herausragende Stellung ein. Das Leben ist immer noch stark vom Kriegsgeschehen und den Kriegsfolgen geprägt und das Thema der Verantwortung für den Krieg ist aus dem gesellschaftspolitischen Diskurs nicht weg zu denken. Die Reaktionen auf die Nachricht vom Tod Slobodan Milosevics in dem in zwei Entitäten geteilten Bosnien und Herzegowina verdeutlichen erneut die entgegen gesetzten Sichtweisen bezüglich der Verantwortung für Krieg, Vertreibung und Zerstörung im ehemaligen Jugoslawien.

Dies erklärt auch, weshalb in Bosnien und Herzegowina die Vergangenheitsaufarbeitung fast ausnahmslos mit Kriegsverbrechen verbunden wird und die Auseinandersetzung mit der älteren, sozialistischen Vergangenheit stark in den Hintergrund gedrängt wurde. Obwohl viele ehemalige Funktionsträger und aktive Mitglieder der kommunistischen Partei auch heute zur politischen Elite gehören und über das Engagement von aktuellen politischen Führungskräften in den kommunistischen Geheim- und Nachrichtendiensten gelegentlich in den Medien berichtet wird, erregen diese Nachrichten keine große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. So wichtig die Aufarbeitung dieser Vergangenheit wäre, hat das Parlament doch bis heute weder ein Gesetz über die Rechte ehemaliger politischer Gefangener noch ein Lustrationsgesetz verabschiedet.

Nach der Unterzeichnung des Dayton-Friedensabkommens und dem Ende des Krieges im Dezember 1995 galt es zunächst, das Vertrauen zwischen den verfeindeten Volksgruppen wiederaufzubauen und Kontakte zu erneuern sowie daraufhin zum Aufbau des friedlichen Zusammenlebens der drei Volksgruppen überzugehen. Doch obwohl Flüchtlinge und Vertriebene langsam zurückkehrten, kann die Rückkehr nicht als dauerhaft bezeichnet werden: So haben die meisten ihre wieder erhaltenen Immobilien verkauft und sind in Gebiete gezogen, in denen ihre Volksgruppe die Mehrheit stellt.

Vergangenheitsaufarbeitung ist ein Thema, das die Politiker Bosnien und Herzegowinas gerne meiden. Viele von ihnen waren vor und während der jüngsten Kriege auf dem Balkan politisch aktiv, und die Vergangenheit aufzuarbeiten würde auch bedeuten, sich der eigenen Vergangenheit zu stellen. Auch breite Bevölkerungsgruppen weichen dem Prozess der Vergangenheitsverarbeitung aus. Bei über 9.000 Personen besteht der Verdacht, dass sie in Kriegsverbrechen verwickelt waren. Viele von ihnen sind nach dem Krieg in den Staatsdienst eingetreten. Ihnen käme eine Vergangenheitsaufarbeitung nicht gelegen. Zudem verkompliziert die ethnische Dreiteilung der Gesellschaft die Situation. So sind es einheimische Nichtregierungsorganisationen und internationale Organisationen, Opfervereinigungen, Frauen- und Jugendorganisationen, die die Vergangenheit thematisieren und für ein objektives Bild der Kriegsvergangenheit eintreten. Leider werden jedoch gerade Opfer oft für politische Zwecke instrumentalisiert, so beispielsweise, wenn es gilt, die „Anderen“ schlecht darzustellen und die Verbrechen, die die eigene Volksgruppe begangen hat, abzustreiten. Heute besitzt jede der drei Volksgruppen in Bosnien und Herzegowina ihre eigene „Wahrheit“. Dies zeigt sich besonders deutlich im Bildungssystem und den unterschiedlichen Geschichtsschreibungen wie auch in der Berichterstattung der Medien.

Von staatlicher Seite gibt es – aus den zuvor genannten Gründen – kaum Initiativen zur Aufarbeitung der Vergangenheit. Hier ist die Zivilgesellschaft jedoch aktiv. So waren es die Angehörigen der Opfer des Massakers von Srebrenica, die mit einer Sammelklage gegen die Republik Srpska vor dem Menschenrechtsgerichtshof Bosnien und Herzegowinas und mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft durchsetzten, dass im Dezember 2003 eine Kommission zur Untersuchung der Ereignisse in und um Srebrenica vom 10. bis 19. Juli 1995 gegründet wurde. Noch ein Jahr zuvor hatte die Regierung der Republik Srpska unter Mladen Ivanic die Verbrechen abgestritten und behauptet, bei den Kämpfen in Srebrenica wären weniger als 2.000 Menschen getötet worden.

Da der Staat bis heute keine systematische Identifizierung der Opfer vorgenommen hat und damit keine gesicherten Zahlen besitzt, wird über die Anzahl der Kriegsoffer in den unterschiedlichsten Diskussionen der Tagespolitik wild spekuliert. Die Zahlen werden beliebig verändert. So entstehen neue Mythen, die keine Basis für eine friedliche Zukunft Bosnien und Herzegowinas sind. Ebenfalls wurden bis zum heutigen Tag die Opferkategorien nicht klar definiert und der Staat bietet diesen damit weder

Schutz noch Unterstützung. So erkannte das Parlament erst nach dem Erfolg des Films „Grbavica“, der im Februar 2006 den Goldenen Bären bei den Internationalen Filmspielen in Berlin gewann, auch vergewaltigte Frauen als Opfer an. Als Fortschritt ist zu bewerten, dass im letzten Jahr die drei nationalen Kommissionen für vermisste Personen zu einer staatlichen Kommission zusammengeführt wurden.

Die wichtigste Rolle bei der Aufarbeitung der Kriegsvergangenheit kommt den Gerichten zu, allen voran dem Tribunal in Den Haag. Seit 2005 werden Kriegsverbrecherprozesse auch vor dem neu gegründeten Gerichtshof Bosnien und Herzegowinas geführt. Dieser Gerichtshof hat eine gesonderte Kammer für Kriegsverbrechen und übernimmt zunehmend Fälle vom Haager Tribunal. Auf der Suche nach Gerechtigkeit für die Opfer sind die Prozesse gegen Kriegsverbrecher grundlegend. Als eine der wenigen staatlichen Initiativen zur Vergangenheitsaufarbeitung ist die Anklage des Staates Bosnien und Herzegowinas gegen den Staat Serbien und Montenegro vor dem Internationalen Gerichtshof zu nennen. Im Mittelpunkt des Prozesses steht die Frage, welche Rolle das Belgrader Regime beim Zerfall Jugoslawiens gespielt hat und wie weit es in die serbischen Kriegsverbrechen verwickelt war.

Trotz der beständigen Präsenz der Vergangenheit in allen Bereichen des Lebens in Bosnien und Herzegowina, gibt es nur wenige Beispiele für eine gesellschaftliche konstruktive Auseinandersetzung. Eine zentrale Aufgabe kommt hierbei den Medien und Nichtregierungsorganisationen zu. So wurde 2001 mit großer internationaler Unterstützung die Kommission für Wahrheit und Versöhnung gegründet. Ihre Tätigkeit sollte die Arbeit des Haager Tribunals ergänzen. Aufgrund fehlender Unterstützung in Bosnien und Herzegowina konnte sie jedoch nicht aktiv werden. Derzeit steht die Idee jedoch erneut auf der Tagesordnung und eine Arbeitsgruppe wurde gebildet, die ein Gesetz zur Gründung der Kommission für Wahrheit (diese Mal ohne Versöhnung!) vorbereiten soll.

Inhalte der KAS-Arbeit

- Förderung des interethnischen bzw. interreligiösen Dialogs
- Förderung der Möglichkeiten zu einem innergesellschaftlichen Wirken von Religionsgemeinschaften
- Förderung professioneller Berichterstattung über die Kriegsverbrecherprozesse

Das Thema Versöhnung zieht sich wie ein roter Faden durch die Tätigkeit der Außenstelle Sarajevo. Während sich zwischen 1997 und 2005 alle Maßnahmen in Bosnien und Herzegowina an der notwendigen Zusammenarbeit der drei Volksgruppen des Landes orientierten und es eine gemeinsame, Zukunftsbejahende Politik zu finden galt, scheint nun die Zeit für eine vorsichtige Vergangenheitsaufarbeitung reif.

Konrad-Adenauer-Stiftung Bosnien und Herzegowina

Dr. Christina Catherine Krause
Pruscakova 23

BiH-71000 Sarajevo
Tel.: 00387-33 21 52 40 oder -241 oder -242
Fax: 00387-33 21 52 39
E-Mail: kas@bih.net.ba

Kontaktadressen:

Balkans Investigative Reporting Network

Kontaktperson: Nerma Jelacic
Country Director
Balkans Investigative Reporting Network
Obala Kulina bana 10

BiH-Sarajevo 71 000
Tel: 00387-33 21 52 69
Fax: 00387-33 21 52 93
Mob: 00387-61 51 86 66
E-Mail: nerma@birn.eu.com
www.birn.eu.com

Gerichtshof Bosnien und Herzegowinas

Kontaktperson: Manuela Hodzic
PR-Abteilung Sud Bosne i Hercegovine
Kraljice Jelene 88

BiH-71000 Sarajevo
Tel: 00387 -0-33 70 71 64, 70 71 78
Fax: 00387-0-33 70 72 24
E-Mail: pios@registrarbih.gov.ba

Interreligiöser Rat Bosnien und Herzegowinas

Kontaktperson: Enesa Pazalja
Medjureligijsko vijece BiH
Ferhadija 16/1

BiH-Sarajevo

Tel.: 00387-33 55 00 60

E-Mail: epazalja@yahoo.com

Media Plan Institut

Kontaktperson: Radenko Udovicic
Programmdirektor
Media plan Institut d.o.o.
Patriotske lige 30/3

BiH-71000 Sarajevo

Tel: 00387-33 71 78 40 / 71 78 41 / 71 78 50

E-Mail: mediaplan@mediaplan.ba

8. Kroatien (KAS Zagreb)

Vergangenheitsbewältigung und Erinnerungskultur in Kroatien

Die Konflikte zwischen dem von deutschen Nazis etabliertem faschistischem Ustaša-Regime und den kommunistischen Partisanen während des Zweiten Weltkriegs, die jahrzehntelange kommunistische Diktatur sowie der Unabhängigkeitskrieg in den 1990er Jahren hinterließen bis heute spürbare Wunden innerhalb der kroatischen Gesellschaft. Manche Polarisierungslinien sind bis heute noch nicht überwunden. Ein gewichtiger Grund hierfür ist, dass zu Zeiten Jugoslawiens jegliche Vergangenheitsbewältigung unterdrückt wurde. Somit sieht sich Kroatien nach der Unabhängigkeit mit der Aufarbeitung zweier Diktaturen und des blutigen Unabhängigkeitskrieges konfrontiert.

Die derzeit größten Gräben innerhalb der kroatischen Gesellschaft hat der Unabhängigkeitskrieg in den neunziger Jahren verursacht. Zum einen ist das Verhältnis zwischen den Kroaten und der serbischen Minderheit dadurch noch immer getrübt, zum anderen sind Teile der Bevölkerung stärker von den blutigen Kämpfen in Mitleidenschaft gezogen worden als andere und schließlich sieht sich Kroatien vor die Aufgabe gestellt, viele Flüchtlinge aus dem benachbarten Bosnien-Herzegowina in die Gesellschaft zu integrieren.

Daneben gestalten sich die Aufarbeitung der eigenen Geschichte und insbesondere die Auseinandersetzung mit den Geschehnissen in den neunziger Jahren (insbesondere auch mit den eigenen Fehlern und Untaten) für Kroatien schwierig. Zum einen fehlen Erfahrung und Beispiele für eine Geschichtsaufarbeitung. Zum anderen hatten die Serben als das dominierende Staatsvolk in Jugoslawien die vom Ustaša-Regime begangenen Untaten gezielt instrumentalisiert, um die Kroaten moralisch zu diskreditieren und die eigene Vormachtstellung zu untermauern. Auch diese Tatsache behindert heute die Aufarbeitung der eigenen jüngsten Vergangenheit, da sie den Blick auf die Auseinandersetzung mit den negativen Seiten der eigenen Geschichte verstellt.

Evaluation

Auf Grund der Komplexität einer Vergangenheitsaufarbeitung in Kroatien wird diese von den politischen Eliten nicht systematisch verfolgt. Die Gefahr, neue Wunden in der Bevölkerung aufzureißen, scheint vielen als zu groß. Allerdings gibt es in den Medien vereinzelt auch positive Beispiele zur Vergangenheitsbewältigung. Da Kroatien erst seit 15 Jahren unabhängig ist, befindet sich das Land noch im Prozess der Identitätsfindung. Die Aufarbeitung der Vergangenheit sollte man deswegen als einen Prozess ansehen, der sich in Kroatien erst noch entwickeln wird. Vor diesem Hintergrund war das Thema bisher nicht Bestandteil der KAS-Länderkonzeption für Kroatien.

Konrad-Adenauer-Stiftung Kroatien

Dr. Christian Schmitz
Frane Petrica 7

HR-10000 Zagreb
Tel.: 00385-14 88 26 50 oder 14 88 26 54
Fax: 00385-14 88 26 56
E-Mail: elma.kas@inet.hr

Konrad-Adenauer-Stiftung Serbien

Claudia Nolte
Bulevar Kralja Aleksandra 298 III

YU-11000 Belgrad
Tel.: 00381-1 13 80 74 42 oder -3 80 74 45 oder -3 80 74 46
Fax: 00381-1 13 80 74 46
E-Mail: office@kas-bg.com

Kontaktadresse in Serbien:

CUPS (Centar za unapredivanje pravnih studija - Zentrum zur Förderung der Studien der Rechtswissenschaft)

Programmleiter: Prof. Dr. Jovica Trkulja
Andre Nikolica 29

YU-11040 Belgrad
Tel./Fax: 00381-11 306 45 51, Telefon: 00381-11 3 06 45 71
E-Mail: cups@cups.org.yu
www.cups.org.yu

9. Mazedonien (KAS Skopje)

Vergangenheitsbewältigung und Erinnerungskultur in Mazedonien

Vergangenheitsbewältigung ist kein beherrschendes Thema in der mazedonischen Gesellschaft oder im politischen Leben. Für die meisten wird die Zeit vor der Unabhängigkeit 1991 einfach ausgeblendet. Während der Tito-Zeit gab es verhältnismäßig wenige Mazedonier in der Opposition in Jugoslawien, da die Mazedonier von Grund auf ein friedliches Volk sind. Die frühere Geheimdiensttätigkeit der UDBA ist weitgehend uninteressant bzw. das Auswerten der Akten durch die Opfer geschieht, wenn überhaupt, unbeachtet von der Öffentlichkeit. Unter den politischen Parteien scheint es einen stillschweigenden Konsens zu geben, da auch die Opposition keine Forderung nach Untersuchungsausschüssen oder parlamentarische Anfragen stellt. Jüngst flackerte kurz ein Protest durch das Fernbleiben der beiden mazedonischen Abgeordneten bei der Verabschiedung der „Anti-Kommunismus-Resolution“ in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats auf, wurde aber bald wieder durch die Tagespolitik überdeckt.

Glücklicherweise erfolgte die Unabhängigkeit Mazedoniens friedlich und ersparte dem Land eine kriegerische Auseinandersetzung. Der bewaffnete Konflikt aus dem Jahr 2001 jedoch ist noch nicht endgültig gelöst, und so kann noch nicht umfassend mit einer Vergangenheitsbewältigung begonnen werden. Der Aufarbeitungsprozess hat jedoch schon begonnen, nachdem derzeit heftig über die Rücküberantwortung von vier Fällen wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen am ICTY in Den Haag nach Mazedonien gerungen wird. Verständlicherweise tut man sich noch schwer mit der Bewertung und Behandlung der ehemaligen Kämpfer der UÇK Mazedoniens („Freiheitskämpfer“ vs. „Terroristen“) und ihrer Invaliden.

Inhalte der KAS-Arbeit

- Förderung der Versöhnung zwischen den Ethnien, bzw. Religionen
- Modelle der Aussöhnung für Südosteuropa
- Dialog der Religionen – Dialog der Ethnien

Konrad-Adenauer Stiftung Mazedonien

Ulrich Kleppmann
Maksim Gorki 16/kat 3

MK-1000 Skopje

Tel.: 00389-23 23 11 22

Fax: 00389-23 13 52 90

E-Mail: kas@kas.com.mk

Kontaktadressen:

Institut für Nationale Geschichte

Herr Marjan Dimitrievski
Grigor Prlicev 3

MK-1000 Skopje

Tel: 00389-23 11 40 78

E-Mail: manali@freemail.com.mk

FORUM – Center for Strategic Research and Documentation

Ansprechpartner Saso Ordanovski
Ilindenska 63

MK-1000 Skopje

Tel./Fax: 00389-2 12 11 00

E-Mail: info@forum.com.mk

www.forum.com.mk

10. Russland (KAS St. Petersburg / Moskau)

Vergangenheitsbewältigung und Erinnerungskultur in Russland

Während sich die meisten Länder Mittelosteuropas nach 1989 von der ihnen oktroyierten sowjetischen Fremdherrschaft befreien und die alten kommunistischen Machteliten und -strukturen austauschten, sah sich die russische Systemtransformation spätestens nach der ‚Phase der Euphorie‘ im Jahr 1993 einer Stagnation ausgesetzt. Stand mit Michail Gorbatschow noch ein Präsident an der Spitze, der sich der Geschichte und der daraus erwachsenden historischen Verantwortung bewusst war, so steht heute mit Putin ein Präsident an der Spitze, der sich ebenfalls der Historie sehr wohl bewusst ist, aber ganz andere Schlüsse daraus zieht. Dass der Position Gorbatschows letztendlich kein größerer Erfolg beschieden war, liegt nicht zuletzt daran, dass nicht nur von offizieller Seite, sondern auch teilweise von Bürgern der Zerfall der Sowjetunion als Verrat begriffen wird.

Die mit der Sowjetunion verbundenen Erinnerungen sind vielfältig, besondere Bedeutung erlangen sie aber vor allem hinsichtlich des Selbstverständnisses. Nicht nur, dass mit dem Zerfall der Sowjetunion der Weltmachtstatus verloren ging, sondern insbesondere der mögliche Verlust von Identität und Nationalgefühl spielten und spielen dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle. In der Vorstellung vieler Menschen ist mit der Sowjetunion eben auch der größte Sieg der Nation verbunden, der „Große Vaterländische Krieg“, der bis heute identitätsstiftend wirkt. Der Gewinn der Freiheit konnte diesen Verlust nicht ausgleichen, so die Meinung einer Vielzahl von Menschen.

Heute ist aus dem Bewusstsein der meisten Menschen die Situation Anfang der neunziger Jahre weitgehend verdrängt oder verschwunden. Nicht mehr die damals offenen Diskussionen über die Vergangenheit stehen im Mittelpunkt, sondern der Verlust der Größe. Hier finden wir aber auch die entscheidenden Ursachen und Probleme der Vergangenheitsbewältigung in der RF bis heute: Vielfach wurde und wird die Vergangenheit betrachtet, aber häufig verbleibt die Aufarbeitung in der beschreibenden Funktion, nur selten finden weiterreichende Analysen statt, ganz zu schweigen von Einordnungen in größere historische und politische Zusammenhänge. Strukturelle Einordnungen und Arbeiten fehlen fast gänzlich.

Einerseits gibt es eine Reihe von Nichtregierungsorganisationen und wissenschaftlichen Einrichtungen, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven um die Aufarbeitung der Vergangenheit bemühen, andererseits wird eine breitere Wirkung dieser Ergebnisse durch die offizielle Politik und die damit zusammenhängende „Propaganda“ verhindert. Das beste Beispiel hierfür liefert das Verhältnis der RF zu den Baltischen Staaten. Hier wird von offizieller Seite durch entsprechende Propaganda versucht, historische Erkenntnisse nicht zum Tragen kommen zu lassen. Von diesen wissenschaftlichen Einrichtungen, Universitäten und Nichtregierungsorganisationen, die sich um die Aufarbeitung der Vergangenheit bemühen, ist wohl die bekannteste und auch über die Grenzen hinaus bekannte „Memorial“, eine Einrichtung zur Aufarbeitung der Vergangenheit mit zwei Hauptsitzen, Moskau und St. Petersburg. Daneben gibt es eine Reihe von Universitäten, die sich mit der Materie beschäftigen. Gerade in Gebieten, in denen sich GULAG-Lager befanden, wird der Beschäftigung mit der Vergangenheit, sogar teilweise mit Unterstützung von offizieller Seite, Bedeutung beigemessen. Initiiert wird die Beschäftigung häufig von Einzelpersonen, die sich innerhalb der Universitäten oder im NGO-Bereich so überzeugend für die Thematik einsetzen, dass sie Mitstreiter finden. Aufgrund der Gesamtsituation in der RF erscheint es momentan die einzige Möglichkeit zu sein, dem Thema Gewicht zu verleihen.

Für die Zukunft von besonderer Bedeutung könnte das Projekt des virtuellen Gulag-Museums der St. Petersburger Memorial-Stelle werden. Durch die Präsentation im Internet ermöglicht dieses Projekt vielen eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Die Aufarbeitung der Vergangenheit auf diesem Weg bietet eine der wenigen Möglichkeiten, über regionale und internationale Grenzen hinweg, einen Überblick über diese Zeit zu erlangen. Ein Defizit besteht aber auch hier nach wie vor hinsichtlich der Einordnung in gesamthistorische und -politische Zusammenhänge. Historisch-politische Analysen finden noch nicht in genügendem Umfang statt. Noch bestimmt das Sammeln von Fakten die Arbeit und die Diskussionen. Gerade die für die Zukunft wichtige interpretatorische wissenschaftliche Arbeit findet bis jetzt kaum statt. Innerhalb des Demokratisierungsprozesses spielt die Aufarbeitung der Vergangenheit von staatlicher Seite keine Rolle. Mangelnde Kenntnis über die Vergangenheit ist daher auch als grundlegendes Defizit innerhalb des Demokratisierungsprozesses festzustellen.

Vor diesem Hintergrund ist auch die nur sehr geringe Bedeutung der Vergangenheitsaufarbeitung im gesellschaftlichen Diskurs einzuordnen.

Inhalte der KAS-Arbeit

- Historische Aufarbeitung des Gulag-Systems
- Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen in Russland
- Förderung des direkten Austausches zwischen russischen und baltischen Historikern
- Diskussion um Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der deutsch-russischen Beziehungen

Konrad-Adenauer-Stiftung Russland / Moskau

1. Borodinskaja Str. 2a
Ul. Twerskaja 16/2
Office Nr. 450

121059 Moskau □□

Tel.: 007-495 74 868 72
Fax: 007-495 74 868 73 □□

Konrad-Adenauer-Stiftung Russland / St. Petersburg

Elisabeth Bauer
Newskij Prospekt 1

191186 St. Petersburg
Tel. 007-81 23 15 72 36
Fax: 007-81 23 15 78 11
E-mail: kasspb@online.ru

Kontaktadressen:

Memorial Moskau

Malij Karetij Pereulok 12,

127051 Moskau / Russland
Tel. 007-49 52 09 78 83
www.memo.ru

Museum Nikolaewsk-na-Amure

Frau Elena I. Petuhowa
Ul. Gogolja 27

682460 Nikolaewsk-na-Amure / Russland
E-Mail: museum@nikol.ru

Staatsuniversitat Kemerowo

Sowetskij Prospekt 73

650043 Kemerowo / Russland
Tel.: 007-3842 58 06 01, Fax. 58 38 85

Wissenschafts- und Informationszentrum „Memorial“

Direktorin: Fr. Irina Fliege
Rubinstein Str. 23

191002 St. Petersburg / Russland
Tel. 007-812 5 75 58 11
E-Mail: fliege@yandex.ru
www.memorial-nic.org

Staatliche Universitat in Syktywkar

Fakultät für Geschichte
Dekanin: Fr. Ljubow Maximova
Oktjabrskij Pr.55

167001 Syktywkar, Republik Komi / Russland
Tel. 007-82 12 43 68 20
E-Mail: lmaks@syktsu.ru

Vologda, NGO „Russki Plen“

Leiter: Hr. Anatolij Sytschow

11. Ukraine (KAS Kiew)²⁸

Vergangenheitsbewältigung und Erinnerungskultur in der Ukraine

Dem Thema „Vergangenheitsaufarbeitung“ wird in der Ukraine bis heute keine große Bedeutung zugemessen – daran haben weder der Zusammenbruch der Sowjetunion noch die staatliche Unabhängigkeit von 1991 noch die Orangene Revolution von 2004 etwas wesentlich geändert. Dies verwundert weniger, wirft man einen Blick auf die politisch-historischen Umstände. Die Erscheinungsformen der kommunistischen Diktatur waren in der Ukraine stets nationalitätenpolitisch kalkuliert. Künstlich eingeleitete Hungersnöte und Zwangskollektivierungen von Bauern wie auch die physische Vernichtung eines Großteils der ukrainischen Intelligenz kosteten Millionen von Ukrainern das Leben.

Nach der Erlangung der Unabhängigkeit 1991 waren die ökonomischen und geopolitischen Bande mit Russland und der Einfluss der Kommunisten jedoch zu stark, um eine nationalpatriotische Vergangenheitspolitik zu verfolgen. Es galt für das Thema der Vergangenheitsbewältigung die Wahrung einer gesellschaftlichen Eintracht als oberstes Gebot.²⁹ Forthin wurde in der Rechtsprechung mit einer Doppelstrategie verfahren: Einerseits sollten gesetzliche Regelungen zur Rehabilitierung von Opfern des Sowjetsystems verabschiedet werden, andererseits wurde das begangene Unrecht nicht durch eine entsprechende Strafverfolgung geahndet.³⁰ Rechtsgrundlagen für eine juristische Verfolgung des kommunistischen Unrechts fehlten. Hauptgrundlage der rechtlichen Aufarbeitung in der Ukraine stellt das noch vor der Unabhängigkeitserklärung vom Obersten Sowjet erlassene Rehabilitationsgesetz von 1991 dar, welches die Anerkennung der vom sowjetischen Regime Verfolgten, die moralische und rechtliche Rehabilitation und die materielle Entschädigung derselbigen für den Zeitraum von 1917-1991 regelt.³¹ Unterlagen der Geheimdienste und der Kommunistischen Partei sind zwar nicht allgemein zugänglich, Bürger können jedoch behördliche Informationen über ihre Person erhalten.³² Eine Lustration früherer KP-

28 Verantwortlich für den Inhalt: Gabriele Baumann, Nina Müller

29 Lutsyk, Tetyana: Drahtseilakt über der Fallgrube. In: Freitag 25 vom 15.06.2001.

30 Ebenda.

31 Lüdemann, Ernst: Die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit in der Ukraine. Bericht des BIOst Nr 39/1997, S. 16.

32 Ebenda, S. 20.

Funktionäre fand (noch) nicht statt, große Teile der alten Nomenklatura haben praktisch bis zur Orangen Revolution 2004 noch immer Ämter in Exekutive und Judikative, aber auch in wissenschaftlichen Einrichtungen bekleidet. Die symbolische Aufarbeitung der Vergangenheit zeigt sich insbesondere in der Würdigung von Opfern stalinistischer Verfolgungen, der Anerkennung oppositioneller Schriftsteller und der Neuverlegung ihrer Werke.³³ Ein weiterer Hinweis gebührt der Tatsache, dass die Ukraine in ihrer Vergangenheitspolitik regional stark gespalten ist. Während der sowjetisch geprägte Ostteil des Landes eine stärkere Orientierung hin zu GUS und Russland empfindet, wendet sich der ukrainisch-nationale Westen Europa und den euroatlantischen Strukturen zu. Auch gibt es einige zivilgesellschaftliche Organisationen wie die „Allukrainische Gesellschaft der Polithäftlinge und Verfolgten“, die ukrainische Helsinki-Gruppe oder die Gesellschaft „Memorial“, die die ukrainische Gesellschaft für das vergangene Unrecht zu sensibilisieren versuchen.

Es gäbe jedoch noch zahlreiche „dunkle Flecken“ in der Geschichte der Ukraine, die näher untersucht werden müssten. Hier wären die künstlich herbeigeführten Hungersnöte der Jahre 1932/33 und 1946/47 wie auch die Kulaken-Verfolgung und Zwangsumsiedlungen unter dem sowjetischen System zu nennen. Auch die Rolle der ukrainischen Aufstandsarmee (UPA) im Zweiten Weltkrieg ist bislang nicht geklärt.

Inhalte der KAS-Arbeit

- Repression gegen die griechisch-katholische Kirche während des kommunistischen Regimes
- Geschichtsbewusstsein und Erinnerungskultur in der Ukraine

Konrad-Adenauer-Stiftung Ukraine

Nico Lange
Wul. Schowkowschtschna, 10, Wh.4

UA-01021 Kiew
Tel./Fax: 0038-04 44 92 74 43 oder -2 53 75 04
E-Mail: konrad@adenauer.kiev.ua

33 Ebenda, S. 21.

Kontaktadressen:

Ukrainisches Institut für nationales Gedächtnis

Ihor Juchnowskij

Leiter des Staatlichen Instituts für nationales Gedächtnis

Lipska 16

UA-Kiew

Tel: 0038-04 42 58 00 71

Memorial Ukraine

Vorsitzender: Les Tanjuk MP

Postfach 15, Hauptpostamt, Memorial

UA-Kiew 1

Tel: 0038-04 42 96 86 80

www.memorial.org.ua

Menschenrechtsgruppe Charkiw

Leiter: Jewhen Sacharow

Iwanowa 27, Whn. 4

UA-61002 Charkiw

Tel: 038-05 72 43 64 55

E-Mail: root@khghr.kharkov.ua

www.khpg.org

Ukrainische Katholische Universität Lwiw (Lemberg)

Ansprechpartner: Dr. Oleh Turij, Leiter des Instituts für Kirchengeschichte

Ilariona Svetsitskoho 17

UA-79011 Lwiw

Tel: 0038-0 32 22 40 99 44

www.ucu.edu.ua

12. Baltikum (KAS Riga)

Vergangenheitsbewältigung und Erinnerungskultur in den baltischen Staaten

Nach über sechzig Jahren der Besetzung und Unselbständigkeit müssen die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sich ihrer nationalen Identität erst wieder neu bewusst werden und einen neuen Zugang zu ihrer Nationalgeschichte finden. Dies gestaltet sich am einfachsten in Litauen, da das Land über eine lange Geschichte mit glanzvollen Perioden verfügt und heute zu über 80 % von ethnischen Litauern bewohnt wird. Estland und Lettland hingegen haben ihre unabhängige Staatlichkeit erst nach dem Ende des 1. Weltkrieges erkämpft und bereits nach ca. 20 Jahren wieder verloren. Zudem leben in Estland und Lettland jeweils mehr als 1/3 russischsprachige Bevölkerungsgruppen mit einem ganz anderen historischen Hintergrund und Geschichtsbild in Bezug auf die nationale Identität. Dies erschwert die Bearbeitung der Geschichte und den nationalen Identitätsprozess zusätzlich.

Von der Historikerzunft der Universitäten sind nach der Erlangung der Unabhängigkeit zunächst wenige Impulse zur Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit ausgegangen. Die Lehrkräfte der staatlichen Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen waren gezwungenermaßen bis zur Wende der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung verpflichtet und öffneten sich nur spärlich einer kritischen Betrachtung der sowjetischen Zeit. Allerdings haben sie zum Teil bis heute die Lehrstühle an den Universitäten inne und blockieren dadurch eine zügige Vergangenheitsaufarbeitung.

Starke Impulse zur kritischen Geschichtsbetrachtung der sowjetischen Zeit kommen von zwei Seiten: zum einen von den aus dem Exil zurück gekehrten Personengruppen und zum zweiten von hervorragenden Persönlichkeiten der Unabhängigkeitsbewegung, die oftmals unter der Sowjetzeit besonders gelitten haben. Um für die letzte Gruppe nur einige Beispiele zu nennen: In Estland traten der zu den „Waldbrüdern“ (eine Gruppe von Freiheitsaktivisten) gehörige Mart Laar, zweimaliger Ministerpräsident des Landes nach der Unabhängigkeit, und auch Tunne Kelam, heute Europaabgeordneter, mit historischen Beiträgen hervor. In Lettland schrieb die ehemalige lettische Außenministerin und EU-Kommissarin Sandra Kalniete ein wichtiges Buch über das Leiden lettischer Eliten in der sowjetischen Zeit. In Litauen meldet

sich der Freiheitskämpfer und erste Parlamentspräsident des unabhängigen Litauen Vytautas Landsbergis immer wieder mit wichtigen Beiträgen zur Aufarbeitung und Bewertung der sowjetischen Zeit zu Wort.

Die zurückgekehrten Exilanten bauten in den 90er Jahren Zentren für die Geschichtsaufarbeitung in ihren Ländern auf. So sind zum Beispiel die Okkupationsmuseen in Riga und in Tallinn mit starker finanzieller Unterstützung der Exilanten aufgebaut worden. Aus diesen Zentren kommen wichtige Impulse für Fragestellungen und Forschungen der jüngsten Geschichte.

Daneben spielen von staatlichen Stellen eingerichtete Historiker- und Forschungskommissionen eine Rolle bei der Geschichtsaufarbeitung. So hat die lettische Präsidentin eine Kommission einberufen, in der auch nicht-lettische Wissenschaftler maßgeblich mitwirken. Erste Ergebnisse der Forschungen, die internationalen Wissenschaftsstandards vollauf genügen, sind mittlerweile publiziert und teilweise in mehrere Sprachen übersetzt worden.

Ein anderer bedeutsamer Schritt zur Geschichtsaufarbeitung ist die Veröffentlichung von Personenlisten, die für den Geheimdienst KGB gearbeitet haben. Diese Listen wurden in Litauen bereits der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Das lettische Parlament hat entschieden, die Listen mit Klarnamen ebenfalls zur Veröffentlichung frei zu geben. Allerdings wartet man seit längerer Zeit auf die Umsetzung dieses Beschlusses.

Ein besonders schwieriges und kompliziertes Kapitel der Geschichtsaufarbeitung ist die Behandlung des Holocausts in der Zeit der deutschen Besetzung. Dieser Problembereich wird weitgehend tabuisiert. Dafür gibt es vielschichtige Gründe, die u.a. mit der Behandlung dieses Themas in der Sowjetzeit und andererseits der Verstrickung der Länder zusammenhängen.

Ebenso kompliziert ist die Frage der Bewertung des Stalin-Hitler-Paktes 1939 und seiner Folgen für das Baltikum, die aus der Sicht der estnischen, lettischen und litauischen Verantwortlichen ganz anders interpretiert wird als aus der offiziellen russischen Sicht. Kernpunkt ist die Frage, ob die Sowjetunion in Folge des Stalin-Hitler-Paktes die baltischen Länder 1940 okkupiert hat oder die Integration in die Sowjetunion mit Zustimmung der damaligen baltischen Regierungen erfolgte. Je nachdem, wie diese Frage beantwortet wird, werden davon unterschiedliche politische Konsequenzen abgeleitet. Die führenden Politiker in Litauen, Lettland und Estland erwarten von Russland als Rechtsnachfolger der zusammengebrochenen Sowjetunion eine

Entschuldigung für die Okkupation und die darauf folgenden Menschenrechtsverletzungen. Von einigen Gruppen und Politikern werden auch Wiedergutmachungsleistungen für die Folgen der Okkupation gefordert. Hingegen ist die offizielle russische Seite nicht bereit, die Eingliederung der Baltischen Länder als Okkupation durch eine imperiale Politik Stalins anzuerkennen. Wiedergutmachungsforderungen werden in jedem Fall abgelehnt.

Inhalte der KAS-Arbeit

- Geschichte der zwei Diktaturen (Nationalsozialismus; Kommunismus)
- Schulbuchforschung

Ein fruchtbarer Dialog über die historischen Ereignisse und ihre Aufarbeitung zwischen Russland auf der einen und den Baltischen Ländern auf der anderen Seite ist noch nicht in Gang gekommen. Dies ist eine Aufgabe, die mit Behutsamkeit und Geduld angegangen werden muss, um die latenten Spannungen an der Ostgrenze der erweiterten EU abzubauen und eine Basis für Vertrauen zu schaffen. Hier könnten Beispiele wie die deutsch-französische Versöhnung sowie die Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen durch gemeinsame historische Arbeit Vorbild sein. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist in diesem Zusammenhang ein wichtiger Impulsgeber, weil sie über alle Instrumente und Kompetenzen zur Organisation eines auf Ausgleich und Versöhnung gerichteten historischen Dialogs verfügt.

Konrad-Adenauer-Stiftung

Regionalbüro Riga: Dr. Andreas von Below
Alberta iela 13

LV-1010 Riga
Tel.: 00371-7 03 93 25 oder -3 28
Fax: 00371-7 03 93 27
E-Mail: below.riga@adenauer.lv

Regionalbüro Tallinn

Raekoja Plats 17

EE-10146 Tallinn
Tel.: 00372-6 27 67 00 oder -7 01
Fax: 00372-6 27 67 03
E-Mail: tallinn@adenauer.ee

Regionalbüro Vilnius

Saviciaus g. 11-6 /Augustijonu g. 1-6

LT-01127 Vilnius

Tel.: 00370-52 69 11 78

Fax: 00370-52 69 11 79

E-Mail: vilnius@adenauer.lt

Kontaktadressen:**Okkupationsmuseum Riga**

Herr Valters Nollendorfs, Stellv. Direktor
Strelnieku laukums 1

LV-1050 Riga

E-Mail: valtersn@lanet.lv

Jüdisches Museum

Herr Margeris Vestermanis
Skolas iela 6

LV-1010 Riga

Tel.: 00371-7 28 34 84

Fax: 00371-7 28 34 84

E-Mail: ebreji.latvija@apollo.lv

Okkupationsmuseum

Herr Heiki Ahonen, Direktor
Toompea 8

EE-10142 Tallinn

E-Mail: muuseum@okupatsioon.ee

www.okupatsioon.ee

Akademische Gesellschaft für Geschichte

c/o Abteilung für Geschichte an der **Universität Tartu**
(Akadeemiline Ajalooselts, c/o Tartu Ülikooli ajaloo-osakond)
Ülikooli 18

EE-50090 Tartu

www.history.ee

IV. Ausblick

Mit diesem Arbeitspapier hat die Konrad-Adenauer-Stiftung erstmalig eine Zusammenfassung zum Thema Vergangenheitsbewältigung und Erinnerungskultur in den Ländern Mittelost- und Südosteuropas erstellt und vor diesem Hintergrund die unterschiedlichen Aktivitäten der Projektarbeit und Kontaktadressen in den einzelnen Ländern angeführt. Auch wenn die Gewichtung der Bearbeitung des Themas in jedem Land anders ausfällt, ist deutlich geworden, dass die Auseinandersetzung mit der totalitären Vergangenheit zu einem wichtigen Schwerpunkt der KAS-Arbeit in den Transformationsländern der Region geworden ist.

In der Projektarbeit erworbene Kompetenzen führten bereits im November 2005 zur Durchführung der internationalen Konferenz „Memento GULAG“ in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin. Basierend auf den Ergebnissen einer Kurzstudie, welche die Grundlage für das vorliegende Arbeitspapier darstellte, wurde im Juli 2006 ein Fachgespräch für Experten zur Diskussion und Erweiterung des Themas durchgeführt. Im Vordergrund der Diskussion stand das Anliegen, dass die KAS in den Transformationsländern mit ihren Aktivitäten zu dem Themenbereich eine größere Wirkung und Vernetzung erzielen möchte. Im Zuge der fortgeschrittenen politischen Vereinigung Europas ist es – so ein Konsens unter den Teilnehmern - an der Zeit, national geführte Debatten über die Aufarbeitung der Vergangenheit zu europäisieren und nationale Einrichtungen, die sich mit dem Thema beschäftigen, auf europäischer Ebene zusammen zu führen. Eine thematisch hier anknüpfende Fachkonferenz ist für Anfang 2007 in Berlin geplant.

Anlass für eine großangelegte europäische Konferenz der KAS wird das Datum 2009 – 20 Jahre Umbruch in den postkommunistischen Staaten – sein.

Das vorliegende Arbeitspapier dient auch als Grundlage zur Planung von Maßnahmen der Außenstellen der KAS in Mittelost- und Südosteuropa in 2007 und fließt somit in die Länderkonzeptionen ein.

Die Autorinnen

Gabriele Baumann ist Leiterin des Referates Mitteleuropa im Team Europa / Nordamerika, Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit.

Nina Müller ist Studentin der Sozialwissenschaften an der Freien Universität Berlin und hat im Referat Mitteleuropa der Konrad-Adenauer-Stiftung ein Praktikum absolviert.